

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

27.09.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Wirtschaft kommt nur langsam aus Corona-Tal</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.09.2021</i> .....	3
2   <b>Kampf um die Kernkraft</b> <i>Handelsblatt, 27.09.2021</i> .....	4
3   <b>Viel Einigkeit über die Unsicherheit des Tiefenlagers</b> <i>Zürcher Unterländer, 25.09.2021</i> .....	6
4   <b>Verschiedene Ideen für Hermannshof</b> <i>Ruppiner Anzeiger, 23.09.2021</i> .....	7

## Wirtschaft kommt nur langsam aus Corona-Tal

Trotz leichter Zuwächse hat die **Wirtschaftskraft** in **Mecklenburg-Vorpommern** noch nicht wieder Vor-Corona-Niveau erreicht. Wie aus den vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder hervorgeht, wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Nordosten im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zwar preisbereinigt um 1,3 Prozent. Dies habe aber den **wirtschaftlichen** Einbruch im ersten Halbjahr 2020 nicht kompensieren können, sagte eine Sprecherin des Statistikamtes. Damals war die **Wirtschaftsleistung** im Nordosten im Zuge der Corona-Krise um 5,2 Prozent gesunken.

Mit 1,3 Prozent fiel in den ersten sechs Monaten dieses Jahres das Plus im Nordosten deutlich geringer aus

als im Bundesdurchschnitt, der preisbereinigt mit 2,9 Prozent angegeben wurde. Den höchsten Zuwachs erreichte den Angaben zufolge Baden-Württemberg mit 5,5 Prozent, gefolgt von Sachsen (+4,3), Niedersachsen (+3,9) und Bayern (+3,7). Ein leicht sinkendes Bruttoinlandsprodukt berechneten die Statistiker für Hamburg (-0,4) und Sachsen-Anhalt (-0,1).

Zum Wachstum der **Wirtschaftsleistung** trug vor allem das Produzierende **Gewerbe** bei. **Industrie** und Bauwirtschaft hätten weniger unter den Corona-Beschränkungen gelitten als die Dienstleistungsbereiche, und da vor allem das Gastgewerbe.

MV hatte 2019 mit 46,6 Milliarden Euro das bislang höchste Bruttoinlandsprodukt erzielt. 2020 sank es coronabedingt auf 46,0 Milliarden Euro.

**ENERGIEMIX****Kampf um die Kernkraft**

*Eine EU-Verordnung entscheidet über die Rolle der Atomkraft. Berlin und Paris pokern.*

Die Zukunft der Nuklearenergie entscheidet sich an einem Wort: "signifikant". Klingt absurd, doch es trifft den, nun ja, Kern der Sache. Denn Technologien müssen künftig das "do no significant harm"-Prinzip erfüllen, wenn sie in Europa als grüne Anlageklasse infrage kommen sollen. So will es die "Taxonomie", eine EU-Verordnung, die Investoren Klarheit über die Folgen ihrer Anlageentscheidungen für die Umwelt geben und damit mehr Kapital in die Bekämpfung des Klimawandels leiten soll.

Seit Monaten wird in Brüssel darum gerungen, ob Nuklearenergie das Klimasiegel erhält. Dafür spricht, dass bei der Kernspaltung kein CO<sub>2</sub> anfällt, Atomstrom ist damit weit klimafreundlicher als Strom aus Kohle oder Gas. Dagegen spricht, dass Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist und auf massive Ablehnung in Teilen der Bevölkerung trifft.

Eins ist sicher: Nach der Bundestagswahl wird die Debatte an Brisanz gewinnen. Denn mit Frankreich, das mehr als 70 Prozent seines Strombedarfs mit Atomkraftwerken deckt, hat die Kernkraft einen entschlossenen Vorkämpfer - und mit Deutschland, das im kommenden Jahr den letzten Nuklearreaktor vom Netz nimmt, einen nicht minder entschlossenen Gegner.

Um den Konflikt zu entschärfen, hat die EU-Kommission vorgeschlagen, die Frage, ob Atomstrom als grün gelten kann, vorerst aus der Taxonomie-Verordnung auszuklammern - genauso wie die Frage, ob Erdgas als Brückentechnologie als klimafreundlich gewertet wird. Doch diesen Plan haben nun die Mitgliedstaaten durchkreuzt. Mit knapper Mehrheit stimmten sie dafür, die Entscheidung über das Gesetz in die zweite Novemberhälfte zu verschieben.

Die Franzosen befürchteten, dass eine Abtrennung der Entscheidung über Atomkraft vom Rest der Taxonomie ihre Verhandlungsposition schwächen würde. Die Bundesregierung sorgte sich um den Brückentechno-

logiestatus von Erdgas, sodass auch sie für eine Verschiebung stimmte. Für einen Moment standen Berlin und Paris im Taxonomie-Streit Seite an Seite.

"Ohne jede Not hat die Bundesregierung die französische Nuklear-Lobby gerettet", sagte Sven Giegold, Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament dem Handelsblatt.

**Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich nur taktisch**

Die Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich ist flüchtig, sie ist nur taktisch motiviert. In der Sache bleiben ihre Positionen unvereinbar. Die nächste Bundesregierung, in der die Grünen aller Voraussicht nach vertreten sind, wird den Grundsatzstreit über die Taxonomie fortsetzen müssen - und, so darf man annehmen, einen noch schärferen Kurs fahren. Die Ablehnung der Atomkraft ist für die Grünen eine Frage der Identität. Zudem gibt es einen interessanten Widerspruch in der französischen Position.

Giegold weist darauf hin, dass sich Frankreich mit "Greenfin" schon ein nationales Siegel für grüne Investments zugelegt hat, das brisanterweise genau das tut, was die Grünen von der EU-Taxonomie fordern: Kernenergie ausschließen. "Die Besonderheit des Siegels besteht darin, dass Fonds, die in Unternehmen investieren, die im Bereich der Kernkraft und der fossilen Brennstoffe tätig sind, ausgeschlossen sind", heißt es auf der Webseite des französischen Umweltministeriums über Greenfin.

Ein Rechtsgutachten der Kanzlei Redeker Sellner Dahs im Auftrag des Grünen-geführten österreichischen Umweltministeriums liefert den Kritikern weitere Argumente. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, die Kernenergie könne nicht als "ökologisch nachhaltig" im Sinne der Taxonomie-Verordnung angesehen werden. Damit würde sie als nachhaltige Geldanlage aus-

scheiden.

Beobachter in Brüssel rechnen allerdings damit, dass

die Kernenergie den Nachhaltigkeitsstatus der EU am Ende erhalten wird. Denn für Frankreich ist die Taxonomie zur Prestigefrage geworden.

📖 Zürcher Unterländer | 25.09.2021 | S. 4

📄 Auflage: 13.603 | Reichweite: 34.000

👤 Astrit Abazi

## Viel Einigkeit über die Unsicherheit des Tiefenlagers

*Endlager für radioaktiven Abfall Obwohl der Standort des Tiefenlagers noch in den Sternen steht, zieht man im Kanton nach langer Zeit an einem Strick.*

«Jetzt gilt es ernst» - es ist ein Satz, den man im Zusammenhang mit dem Atomausstieg der Schweiz oft gehört hat, so auch am Donnerstagabend im Riverside-Hotel in Glattfelden. Mehrere Vertreterinnen und Vertreter behördlicher Institutionen und von Interessensgruppen präsentierten den Zwischenstand der Arbeiten zum geplanten Tiefenlager für radioaktiven Abfall.

Seit April 2019, als die Nagra in Bülach ihre erste Bohrung in der Region vornahm, hat sich viel getan. Zumindest bezüglich des möglichen Standorts Nördlich Lägern sind die verschiedenen Zürcher Akteure auf einen gemeinsamen Nenner gekommen. Wirklich fassbar ist das Projekt Tiefenlager für die Bevölkerung im Zürcher Unterland aber noch nicht geworden.

### Projekt nimmt Form an

Ein kurzer Ausblick: Nächstes Jahr wird die Nagra ihren Vorschlag für den möglichen Standort eines Tiefenlagers vorstellen. Drei Gebiete sind noch im Rennen: Jura Ost im Aargau, Zürich Nordost im Zürcher Weinland und eben das Gebiet Nördlich Lägern, welches sich quer durch das nördliche Zürcher Unterland zieht. Bis 2024 sollen die entsprechenden Gesuche erarbeitet werden, welche einer rigorosen Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Mit einem Entscheid des Bundesrates rechnet man frühestens 2029, dieser muss allerdings vom Parlament noch genehmigt werden. Kommt ein fakultatives Referendum zustande, könnte sich ein definitiver Entscheid bis 2031 ziehen.

Was bedeutet das nun für das Zürcher Unterland? Sollte die Nagra zum Schluss kommen, dass das Gebiet Nördlich Lägern tatsächlich der am besten geeignete Standort für ein Endlager sein sollte, weiss man zumindest in Grundzügen, wie das Projekt aussehen soll. In den letzten Monaten beschäftigten sich Kanton, Na-

gra und die Regionalkonferenz Nördlich Lägern vor allem mit der Frage über die dazugehörigen Oberflächenanlagen. In dieser sogenannten heissen Zelle sollen künftig radioaktive Abfälle abgepackt werden, bevor sie endgültig eingelagert werden. Erst letzte Woche sprach sich die Regionalkonferenz Nördlich Lägern für den Standort Haberstal in Stadel aus. Allerdings: «Kommt das Tiefenlager in den Kanton Zürich, soll die Oberflächenanlage nicht ebenfalls im Kanton stehen», vertrat Annette Spörri von der Zürcher Bau- und Energieverwaltung den Standpunkt des Regierungsrats. Auch müssen Trinkwasserressourcen geschützt werden.

### Und der Kanton Aargau?

Die verschiedenen Akteure hatten ihre Stellungnahmen bereits in den letzten Monaten verabschiedet. Ein Informationsabend, bei dem alle zusammenkamen und, mehr oder weniger, geschlossen hinter dem Projekt stünden, sei aber gerechtfertigt, findet Lukas Oesch, Projektleiter regionale Partizipation. «Hätten Sie vor mehr als zwei Jahren gedacht, dass einmal alle am gleichen Strick ziehen? Also ich nicht.» In erster Linie gehe es aber um Transparenz. Sollte das Endlager hierherkommen, weiss man heute zumindest ungefähr, an welche Stelle.

Eine Zwickmühle ist heute aber bereits absehbar: Der Aargauer Regierungsrat will kein Tiefenlager im Kanton Aargau und ist auch einer externen Verpackungsanlage gegenüber kritisch eingestellt. Sollte das Tiefenlager ausserhalb des Gebiets Jura Ost zu stehen kommen, lehne man eine externe Anlage aus Sicherheitsgründen auch ab. Wird das Endlager aber doch im Kanton Aargau gebaut, soll eine externe Anlage geprüft werden. Das sei eines von vielen Details, die es in den kommenden Monaten und Jahren auszuarbeiten gelte. Oesch gibt aber zu: «Wir werden es nicht beiden Kantonen recht machen können.»

## Verschiedene Ideen für Hermannshof

### Immobilie Wie das Gebäudeensemble in Rheinsberg zukünftig genutzt werden sollte, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Rheinsberg. Dass das Kontrollzentrum des Kernkraftwerks (KKW) Rheinsberg – die sogenannte Blockwarte – nach dem Rückbau des KKW nicht wieder im Hermannshof aufgebaut wird, war schon länger klar. Der Verein Stadtgeschichte Rheinsberg hat die Pläne, dort eine Dauerausstellung zur Geschichte des Kraftwerks zu etablieren, schon lange begraben.

Dieser Aspekt der Geschichte der Prinzenstadt soll stattdessen im Haus der Stadtgeschichte aufgegriffen werden, das in den kommenden Jahren zu einem Museum auf zwei Etagen ausgebaut werden soll. Die Blockwarte indes soll ins Technikmuseum nach Berlin gehen.

#### Alten Beschluss aufgehoben

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, bat Bürgermeister Frank Rudi Schwochow (BVB/Freie Wähler) die Abgeordneten am Montag darum, auch den Beschluss aus dem Jahr 2015 aufzuheben, der im Hermannshof ein Informationszentrum zur Blockwarte vorsah. Denn dieser Beschluss verhindert, dass die Immobilie anderweitig genutzt werden kann. Schwochow würde dort gern dem Bauhof ein neues Domizil bieten.

Die Stadtverordneten stimmten der Aufhebung des alten Beschlusses zwar einstimmig zu. Über die künftige Nutzung des Hermannshofes gehen die Vorstellungen aber weit auseinander. Der SPD-Abgeordnete Jörg Möller, der auch dem Verein Stadtgeschichte vorsteht, bemängelte, dass der Aufhebungsbeschluss in der Form einen Verzicht auf eines der Filetstücke der Stadt gleichkomme. Denn das Grundstück befinde

sich in bester Lage in der Nähe des Schlossparks und der Thermalsole. Für den Bauhof sei die Immobilie viel zu schade.

#### Debatte über Nutzung

Schwochow gab zu bedenken, dass der Bauhof Räume benötige. Eine Ansiedlung im Gewerbegebiet sei aus verschiedenen Gründen gescheitert. Deshalb habe die Debatte immer wieder auf den Hermannshof geführt. Ohnehin würden Teile der Anlage schon seit 30 Jahren als Lager für den Bauhof genutzt.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkhard Stranz denkt allerdings ebenfalls, dass der Hermannshof ein „Sahnestück“ sei, das großes Vermarktungspotenzial besitze. „Deshalb bin ich nicht dafür, den Bauhof dort auf Dauer anzusiedeln“, so Stranz. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Freke Over gab zu bedenken, dass der Aufhebungsbeschluss nicht bedeute, dass der Bauhof dauerhaft im Hermannshof etabliert wird.

#### Diskussion über Standort

Der Stadtverordnetenvorsitzende Wilfried Schmidt regte an, die Diskussion über die Nutzung des Grundstücks zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufzugreifen. Die Ansiedlung des Bauhofes an einem neuen Standort sei eine Investition, deren Ausmaße einen Beschluss der Stadtverordneten ohnehin unumgänglich machen.

Das Ganze werde dann also noch diskutiert. „Es muss ein Grundstück für den Bauhof her. Da werden Sie einbezogen“, so Schmidt. Auch Schwochow regte an, die Debatte zu einem späteren Zeitpunkt zu vertiefen.